
Chantal Mouffe

Für einen linken Populismus

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2729

Kann es das geben, einen guten, linken Populismus? Chantal Mouffe vertritt die Auffassung, dass dies möglich und sogar notwendig ist – eine Position, die ihr auch Kritik eingetragen hat. Führt das nicht zu einer gefährlichen Emotionalisierung? Läuft das nicht ebenfalls auf eine Unterscheidung zwischen gutem Volk und bösem Establishment hinaus? Politik, so Mouffe, funktioniere nun einmal über konfrontative Wir/sie-Konstruktionen; und ja, es gebe eine Art »Oligarchie«, die eine Verwirklichung demokratischer und ökologischer Ziele verhindere. Dies mache klare politische Alternativen und neue progressive Allianzen erforderlich. Eine so präzise wie provokante Intervention, die angesichts der Krise sozial-liberaler Parteien und der Debatte um »Identitätspolitik« für Gesprächsstoff sorgen wird.

Chantal Mouffe, geboren 1943 in Charleroi, lehrt Politische Theorie an der University of Westminster. In der edition suhrkamp erschien zuletzt: *Agonistik. Die Welt politisch denken* (es 2677).

Chantal Mouffe

Für einen linken Populismus

Aus dem Englischen von Richard Barth

Suhrkamp

Die englische Originalausgabe erschien 2018 unter dem Titel
For a Left Populism bei Verso (London/New York).

Erste Auflage 2018

edition suhrkamp 2729

© der deutschen Übersetzung Suhrkamp Verlag Berlin 2018

© Chantal Mouffe 2018

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages

reproduziert oder unter Verwendung

elektronischer Systeme verarbeitet,

vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12729-2

Inhalt

Einführung

11

1. Der populistische Moment

19

2. Vom Thatcherismus lernen

36

3. Die Radikalisierung der Demokratie

51

4. Die Konstruktion eines Volkes

71

Schlussfolgerungen

92

Theoretisches Nachwort

100

Danksagung

108

Anmerkungen

109

Für Ernesto

Menschen [können] das Schicksal nur unterstützen, sich ihm aber nicht widersetzen [...]. Sie können seine Fäden spinnen, nicht aber zerreißen. Doch dürfen sie sich nie selber aufgeben. Da sie die Absicht des Schicksals nicht kennen und dieses auf krummen und unbekanntem Pfaden wandelt, so sollen sie immer Hoffnung haben und nie sich selber aufgeben, in welcher Lage und in welcher Not sie auch sein mögen.

Niccolò Machiavelli, Discorsi¹

Einführung

Dieses Buch hat seinen Ursprung in meiner Überzeugung, dass die Linke dringend begreifen muss, wie sich die aktuelle Lage darstellt und welche Herausforderungen der »populistische Moment« mit sich bringt. Wir erleben derzeit eine Krise der hegemonialen neoliberalen Formation, und diese Krise eröffnet die Chance zum Aufbau einer demokratischeren Ordnung. Wenn wir diese Chance nutzen wollen, ist es unumgänglich, uns das Wesen der Umwälzungen der letzten dreißig Jahre und deren Konsequenzen für demokratische Politik bewusst zu machen.

Der Grund, weshalb so viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien sich in einem desolaten Zustand befinden, liegt meiner Überzeugung nach darin, dass diese sich an ein inadäquates Politikverständnis klammern – ein Verständnis, dessen Kritik seit vielen Jahren im Zentrum meiner Überlegungen steht. Ihren Anfang nahm diese Kritik in dem 1985 gemeinsam mit Ernesto Laclau veröffentlichten Buch *Hegemonie und radikale Demokratie*.²

Unsere Motivation für dieses Buch war die Unfähigkeit linker Politik, in ihrer marxistischen wie in ihrer sozialdemokratischen Variante, auf eine Reihe von Bewegungen zu reagieren, die im Zuge der Proteste von 1968 entstanden und mit einem Widerstand gegen verschiedene Formen von Unterdrückung einhergingen, der sich nicht in Klassenkategorien fassen ließ. Die zweite Welle des Feminismus, die Schwulen- und Lesbenbewegung, der Kampf gegen den Rassismus und Umweltthemen hatten das politische Panorama grundlegend verändert, doch die traditionellen linksgerichteten Parteien

waren für derartige Forderungen unempfänglich, weil sie deren politischen Charakter nicht erkannten. Vor dem Hintergrund dieses Versagens versuchten wir, die Ursachen für die damalige Lage herauszuarbeiten.

Schnell wurde uns klar, dass die Hindernisse, die es zu überwinden galt, in erster Linie der essentialistischen Sichtweise entsprangen, die das linke Denken beherrschte. Nach dieser Sichtweise, die wir als »Klassenessentialismus« bezeichnet haben, waren politische Identitäten Ausdruck der Stellung gesellschaftlicher Akteure innerhalb der Produktionsverhältnisse, und ihre Interessen durch diese Stellung definiert. Dass eine solche Sichtweise außerstande war, Forderungen zu verstehen, die nicht auf dem Faktor »Klasse« basierten, war wenig überraschend.

Ein wichtiger Teil des Buches war dem Ziel gewidmet, diesen essentialistischen Ansatz mithilfe der Erkenntnisse des Poststrukturalismus zu widerlegen. Indem wir diese Erkenntnisse mit jenen von Antonio Gramsci verbanden, entwickelten wir einen alternativen, »antiessentialistischen« Ansatz, mit dem sich die Vielfalt der Widerstandsbewegungen gegen unterschiedliche Formen der Unterdrückung verstehen ließ. Um das, was diese Bewegungen artikulierten, mit einem politischen Ausdruck zu erfassen, schlugen wir vor, das sozialistische Projekt neu zu definieren, als eine »Radikalisierung der Demokratie«.

Ein solches Projekt erforderte die Bildung einer »Äquivalenzkette«, die neben den Forderungen der Arbeiterklasse auch jenen der neuen Bewegungen Ausdruck verleiht und so einen »gemeinsamen Willen« konstruiert, der auf die Errichtung dessen abzielt, was Gramsci eine »expansive Hegemonie« nannte. Indem wir das linke Projekt neu formulierten, im Sinne einer »radikalen und pluralen Demokratie«,

verankerten wir es im weiteren Feld der demokratischen Revolution und wiesen darauf hin, dass die zahlreichen Emanzipationskämpfe auf der Vielfalt der gesellschaftlichen Akteure und ihrer jeweiligen Bemühungen beruhen. Das Feld für gesellschaftliche Konflikte wurde dadurch erweitert und war nicht mehr auf einen »privilegierten Akteur« wie die Arbeiterklasse beschränkt. Entgegen einigen unaufrichtigen Interpretationen unserer Argumentation heißt das wohlgemerkt nicht, dass wir die Forderungen der neuen Bewegungen auf Kosten derer der Arbeiterklasse privilegieren. Was wir betont haben, war, dass linke Politik die Auseinandersetzungen um die unterschiedlichen Formen der Unterordnung artikulieren muss, ohne irgendeiner davon *a priori* den Vorrang einzuräumen.

Außerdem wiesen wir darauf hin, dass die Ausweitung und Radikalisierung des Kampfes für mehr Demokratie niemals zu einer völlig befreiten Gesellschaft führen wird und man das emanzipatorische Projekt nicht mehr als gleichbedeutend mit der Eliminierung des Staates verstehen kann. Antagonismen, Konflikte und eine gewisse Undurchlässigkeit wird es in einer Gesellschaft immer geben. Daher gelte es, sich vom Mythos des Kommunismus als transparenter und versöhnter Gesellschaft – eine Idee, die klarerweise ein Ende der Politik einschließt – zu verabschieden.

Das Buch entstand in einer Situation, die von der Krise der sozialdemokratischen hegemonialen Formation charakterisiert war, wie sie sich in der Nachkriegszeit herauskristallisiert hatte. Sozialdemokratische Werte wurden durch die neoliberale Offensive infrage gestellt, waren für die Herausbildung des westeuropäischen Common Sense aber noch immer von Bedeutung, und unser Ziel war die Entwicklung einer Strategie, wie man sie verteidigen und radikalisieren

könnte. Als indes im Jahr 2000 die zweite Auflage von *Hege-
monie und radikale Demokratie* erschien, mussten wir in der
neuen Einleitung feststellen, dass in den fünfzehn Jahren seit
der Erstveröffentlichung eine bedenkliche Regression stattge-
funden hatte. Unter dem Vorwand der »Modernisierung«
hatte eine wachsende Zahl sozialdemokratischer Parteien ih-
re »linke« Identität abgestreift und sich euphemistisch als
»Mitte-links-Partei« neu definiert.

Diese neue Lage habe ich in meinem 2005 veröffentlichten
Buch *Über das Politische* analysiert.³ Darin habe ich die Fol-
gen des von Anthony Giddens in der Theorie beschriebenen
und von Tony Blair unter dem Schlagwort »New Labour« in
der Praxis beschrittenen »Dritten Weges« untersucht. Ich ha-
be aufgezeigt, wie die neue britische Mitte-links-Regierung
durch die Akzeptanz der hegemonialen Ordnung, die Mar-
garet Thatcher auf der Basis des Dogmas errichtete, die neoli-
berale Globalisierung sei »alternativlos«, letztlich etwas er-
schuf, was Stuart Hall als »sozialdemokratische Version des
Neoliberalismus« bezeichnet hat. Indem die »radikale Mit-
te« das konfliktäre Politikmodell und die Links/rechts-Di-
chotomie für obsolet erklärte und den »Konsens der Mitte«
zwischen Mitte-links und Mitte-rechts zelebrierte, trat sie
für eine technokratische Spielart von Politik ein, der zufolge
unter Politik nicht die konfrontative Auseinandersetzung
zwischen Parteien, sondern das neutrale Management der öf-
fentlichen Angelegenheiten zu verstehen war.

Tony Blair drückte es so aus: »Die Frage lautet nicht, ob
wir eine linksgerichtete oder eine rechtsgerichtete Wirtschafts-
politik wollen, sondern ob wir eine gute oder eine schlechte
Wirtschaftspolitik wollen.« Die neoliberale Globalisierung
wurde als Schicksal betrachtet, in das wir uns zu fügen hät-
ten, und politische Probleme wurden auf reine Sachfragen re-

duziert, die von Experten gelöst werden müssten. Für eine echte Wahl, die die Bürger zwischen unterschiedlichen politischen Projekten hätten treffen können, blieb da kein Platz; deren Rolle beschränkte sich auf das Absegnen der »vernünftigen« politischen Maßnahmen, die diese Experten ausgearbeitet hatten.

Im Gegensatz zu jenen, die eine solche Lage als Fortschritt einer reifenden Demokratie verkauften, argumentierte ich, diese »postpolitische« Situation sei die Ursache für den Prozess der zunehmenden Entfremdung von demokratischen Institutionen, der sich in der wachsenden Zahl der Nichtwähler manifestiere. Zugleich warnte ich vor dem zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien, die sich als Alternative darstellten, die den Menschen ihre von den etablierten Eliten konfiszierte Stimme zurückgebe. Ich beharrte darauf, dass es unumgänglich sei, sich vom postpolitischen Konsens zu verabschieden und das konfrontative Wesen der Politik wieder in den Vordergrund zu rücken, um so die Grundlage für eine »agonistische« Debatte über mögliche Alternativen zu schaffen.

Zu diesem Zeitpunkt war ich, wie mir heute bewusst ist, noch immer davon überzeugt, dass sozialistische und sozialdemokratische Parteien so umgestaltet werden könnten, dass sie das von uns in *Hegemonie und radikale Demokratie* propagierte Projekt der Radikalisierung der Demokratie umsetzen könnten.

Dies ist offensichtlich nicht geschehen, und während der Rechtspopulismus große Erfolge verbuchen konnte, hat bei den sozialdemokratischen Parteien in den meisten westeuropäischen Demokratien ein Niedergangsprozess eingesetzt. In der Wirtschaftskrise von 2008 traten die Widersprüche des neoliberalen Modells dann allerdings deutlich zutage,

und mittlerweile wird die neoliberale hegemoniale Formation von einer Vielzahl gegen das Establishment gerichteter Bewegungen infrage gestellt, auf der Rechten wie auf der Linken. Das ist die neue Lage, die ich als den »populistischen Moment« bezeichne und die ich hier näher untersuchen möchte.

Die zentrale These dieses Buches lautet, dass eine erfolgreiche Intervention in dieser Krise der hegemonialen Ordnung den Aufbau einer klaren politischen Frontlinie voraussetzt und dass ein linker Populismus – verstanden als diskursive Strategie, die auf die Errichtung einer politischen Frontlinie zwischen »dem Volk« und »der Oligarchie« abzielt – in der derzeitigen Lage genau die Art von Politik darstellt, die zur Wiederherstellung und Vertiefung der Demokratie vonnöten ist.

In *Über das Politische* habe ich angeregt, die Frontlinie zwischen links und rechts wiederzubeleben. Heute bin ich überzeugt, dass eine solche Frontlinie in ihrer traditionellen Gestalt nicht mehr ausreicht, um einen kollektiven Willen zu artikulieren, der die Vielzahl der heute existierenden demokratischen Forderungen umfasst. Der populistische Moment ist Ausdruck einer Reihe heterogener Forderungen, die sich nicht einfach in Form von Interessen formulieren lassen, die mit bestimmten gesellschaftlichen Kategorien verknüpft sind. Außerdem sind im neoliberalen Kapitalismus neue Formen der Unterordnung entstanden, die jenseits des Produktionsprozesses liegen. Daraus sind Forderungen entsprungen, die nicht länger mit gesellschaftlichen Sektoren korrespondieren, die man mit soziologischen Begriffen fassen oder über ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft definieren könnte. Derartige Forderungen – der Schutz der Umwelt oder der Kampf gegen Sexismus, Rassismus und andere Formen der

Unterdrückung – haben immer größerer Bedeutung erlangt. Daher muss die politische Frontlinie heute auf eine »populistische«, transversale Art und Weise konstruiert werden. Dem ungeachtet werde ich allerdings auch argumentieren, dass die »populistische« Dimension nicht ausreicht, um die Art von Politik zu charakterisieren, die die aktuelle Lage erfordert. Um anzuzeigen, welchen Werten dieser Populismus verpflichtet ist, muss man ihn als einen »linken« Populismus beschreiben.

Indem sie anerkennt, welche zentrale Rolle der demokratische Diskurs für das politische Imaginäre unserer Gesellschaften spielt, und indem sie zwischen den mannigfaltigen Kämpfen gegen die Unterordnung eine Äquivalenzkette herstellt, mit der Demokratie als hegemonialem Signifikantem im Zentrum, spricht eine linke populistische Strategie die Aspirationen vieler Menschen an. Im Laufe der nächsten Jahre, so meine Argumentation, wird die zentrale Achse der politischen Auseinandersetzung zwischen einem rechtsgerichteten und einem linksgerichteten Populismus verlaufen. Und deshalb ist es die Konstruktion eines »Volkes«, eines kollektiven Willens, der der Mobilisierung gemeinsamer Affekte zur Verteidigung der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit entspringt, die es ermöglichen wird, die vom Rechtspopulismus propagierte fremdenfeindliche Politik zu bekämpfen.

Insofern, als nun wieder politische Frontlinien hergestellt werden, deutet der »populistische Moment« nach Jahren der Postpolitik auf eine »Rückkehr des Politischen« hin. Diese Rückkehr kann den Weg für autoritäre Lösungen freimachen – von Regimen, die die liberalen, demokratischen Institutionen schwächen –, sie kann aber auch zu einer erneuten Bekräftigung und Ausweitung demokratischer Werte führen. Alles hängt davon ab, welchen politischen Kräften es ge-

lingen wird, die derzeitigen demokratischen Forderungen zu hegemonialisieren, und welche Art von Populismus aus dem Kampf gegen die Postpolitik siegreich hervorgehen wird.

1. Der populistische Moment

Eines möchte ich gleich zu Beginn klarstellen: Ich habe weder die Absicht, dem bereits jetzt überreich bestellten Feld der »Populismusforschung« einen weiteren Beitrag hinzuzufügen noch mich an der fruchtlosen akademischen Debatte über das »wahre Wesen« des Populismus zu beteiligen. Dieses Buch ist als politische Intervention gedacht und macht aus seiner Parteilichkeit keinen Hehl. Ich werde definieren, was ich unter einem »linken Populismus« verstehe, und argumentieren, dass dieser in der derzeitigen Lage die angemessene Strategie darstellt, um die für eine demokratische Politik konstitutiven Ideale der Gleichheit und Volkssouveränität wiederherzustellen und zu vertiefen.

Als Politologin orientiert sich mein theoretisches Denken an Machiavelli, der sich, wie Althusser uns in Erinnerung gerufen hat, stets »in die Lage« versetzt hat, anstatt »über die Lage« zu reflektieren. Dem Vorbild Machiavellis folgend, werde ich meine Überlegungen in einer spezifischen Lage verankern und nach der, wie Machiavelli sagen würde, *verita effettuale de la cosa* (der tatsächlichen Wahrheit der Sache) des »populistischen Moments« suchen, dessen Zeugen wir in den westeuropäischen Ländern derzeit werden. Ich beschränke mich in meiner Analyse auf Westeuropa, weil der Populismus zwar ohne Zweifel auch in Osteuropa eine relevante Frage ist, diese Länder jedoch eine gesonderte Analyse erfordern, da ihre politische Kultur von ihrer spezifischen Geschichte als ehemals kommunistische Staaten geprägt ist. Dasselbe gilt für die verschiedenen Formen des lateinamerikanischen Populismus. Zwar weisen die unterschiedlichen Populismen ge-